

Einleitung: Dimensionen eines Aufstandes

Ulrich Mählert

Deutschland im Frühjahr 1953. Noch keine vier Jahre sind vergangen, seit in diesem kriegszerstörten und besetzten Land zwei Staaten entstanden. Diese hätten sich kaum unterschiedlicher entwickeln können. In der westdeutschen Bundesrepublik begann das Wirtschaftswunder an Fahrt zu gewinnen. Seit 1950 gingen die Arbeitslosenzahlen kontinuierlich zurück. Im September 1953 würden die Westdeutschen zum zweiten Mal in freien und geheimen Wahlen über den weiteren politischen Weg ihres Teilstaates entscheiden. In dessen Grundgesetz hieß es: »Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.« Im Frühjahr 1953 ratifizierten der Bundestag und der Bundesrat den Deutschlandvertrag und den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Gleichzeitig wurde mit dem EVG-Vertrag die Wiederbewaffnung Westdeutschlands beschlossen. Ein Schritt, der damals keineswegs populär war. Viele Deutsche fürchteten einen Bruderkrieg. Im Ausland war die deutsche Kriegsmaschinerie noch in frischer und schrecklicher Erinnerung.

Dennoch schienen die Zeichen der Zeit auf Entspannung zu deuten. Der Koreakrieg war nicht zum Weltenbrand eskaliert, sondern hatte – im Gegenteil – einen ökonomischen Boom ausgelöst, von dem auch die Bundesrepublik profitieren konnte. In seinem vierten Jahr hatte der Weststaat ein unerwartetes Maß an Stabilität erreicht. Die Westbindung war beschlossene Sache. »Man war wieder wer« in Europa. Zudem keimte im Frühjahr 1953 im Westen die Hoffnung auf ein Ende des Kalten Krieges. Nach Stalins Tod im März 1953 plädierte Winston Churchill für ein sofortiges Gipfeltreffen mit der sowjetischen Führung. Auch der neue amerikanische Präsident Dwight D. Eisenhower wollte sowjetische Offerten zu einer Neuordnung der Beziehungen nicht ungeprüft lassen. Bereits am 16. März 1953 hatte der frisch bestellte sowjetische Ministerpräsident Georgij M. Malen-

kow eine neue »Friedensoffensive« Moskaus angekündigt. Die Führungsriege, die auf Stalin folgte, schien bereit, nach einvernehmlichen Lösungen für die bestehenden Probleme zu suchen.

Das Ereignis

Und im Osten Deutschlands? Für die DDR ist das Jahr 1953 untrennbar mit dem Aufstand vom 17. Juni verbunden. Wie konnte es ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt zwischen Elbe und Oder zu einer Erhebung kommen, die in der deutschen Geschichte wenige Vorbilder hatte? Scheinbar aus dem Nichts heraus, gingen am 17. Juni 1953 überall in der DDR die Menschen massenhaft auf die Straße. Dem war am Vortag ein Demonstrationzug Berliner Bauarbeiter vorausgegangen. Die Nachricht hatte sich dank westlicher Radiosender wie ein Lauffeuer in der gesamten DDR verbreitet.

Die »harten Fakten« dieses Aufstandes sind rasch berichtet¹: Rund eine Million Menschen beteiligten sich zwischen dem 16. und 21. Juni in mehr als 700 Städten und Gemeinden der DDR an Streiks, Demonstrationen oder Kundgebungen. In über 1000 Betrieben und Genossenschaften ruhte die Arbeit. Rund 160 öffentliche Gebäude wurden gestürmt, zum Teil verwüstet. Darunter befanden sich fünf Kreisdienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), die Bezirksleitungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) in Halle und Magdeburg, sieben SED-Kreisleitungen, sechs Gebäude des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB), eine Bezirksdirektion der Volkspolizei (VP), acht VP-Reviere, elf Kreisräte und mindestens 18 Gemeindeverwaltungen. Vor 22 Gefängnissen versammelten sich Demonstranten mit dem Ziel, die politischen Häftlinge zu befreien. Aus zwölf Haftanstalten kamen ca. 1400 Häftlinge frei.

Was als sozialer Protest begann, hatte sich bereits am 16. Juni in Berlin zu einer politischen Manifestation entwickelt. Am 17. Juni 1953 formulierten die Menschen allerorts zwar auch soziale Losungen. Doch es waren die politischen Forderungen der Demonstranten, die die SED-Diktatur herausforderten und in ihren Grundfesten erschütterten. Am frühen Nachmittag des 17. Juni 1953 war diese zweite deutsche Diktatur de facto gestürzt. Es bedurfte sowjetischer Panzer, um den Aufstand niederzuschlagen. Am 17. bzw. 18. Juni 1953 hatten die Sowjets in mehr als drei Viertel aller Land- und Stadtkreise den Ausnahmezustand ausgerufen, der in Berlin, Halle und Leipzig bis zum 11. Juli aufrechterhalten wurde. Wäre das sowjetische Militär in den Kasernen geblieben, hätte die SED ihre von Moskau geliebene Macht nicht wieder erlangen können.

Demonstranten in Ost-Berlin

*Die Stürmung des Untersuchungsgefängnisses in Jena
führt zur Freilassung aller politischen Gefangenen.*

Unterschiedliche Schätzungen sprechen von 50 bis 125 Personen, die während des Aufstandes im Kugelhagel der sowjetischen Truppen, von KVP-Einheiten oder des MfS starben. 18 Personen wurden – nach bisheriger Kenntnis – von den Sowjets standrechtlich erschossen. Bis zu 20 SED-Funktionäre, MfS- bzw. VP-Angehörige sollen von den Aufständischen getötet worden sein.

85 Prozent der während des Aufstands befreiten Häftlinge waren bis Ende Juni wieder hinter Gittern. Nach verschiedenen Schätzungen wurden 10.000 bis 15.000 Aufständische verhaftet, etwa 2000 davon durch ostdeutsche und bis zu 750 durch sowjetische Gerichte zu in der Regel ein bis fünf Jahren Haft verurteilt. Rund 100 Personen erhielten ein höheres Strafmaß, davon vier »lebenslanglich«. DDR-Gerichte verhängten vier Todesstrafen, von denen zwei vollstreckt wurden. Bis Mitte 1955 fanden Verfahren statt. 1969 verließ der letzte wegen seiner Beteiligung am 17. Juni 1953 verurteilte Häftling die Gefängnismauern.

Der Weg in die Krise

Der Westen wurde vom Aufstand und dessen Ausmaß nicht weniger überrascht als die SED. Das galt auch für jene Agenturen, die von den Amerikanern oder mit deren Unterstützung geführt wurden. Diese hatten seit einigen Jahren Planspiele für die Befreiung Osteuropas vom Kommunismus entwickelt, mehr oder weniger dilettantische Agentennetze aufgebaut und vor allem Propagandamaterial nach Ostdeutschland geschleust. Zweifellos hatte die Berichterstattung des RIAS dazu beigetragen, die Nachricht von der Berliner Streikbewegung in der DDR zu verbreiten. Doch der Aufstand war weder das Ergebnis westlicher Rundfunkberichterstattung noch einer wie auch immer gearteten Agententätigkeit. Es war die SED, die als willige Handlungsgehilfin der Sowjetunion in den Jahren zuvor den Klassenkampf gegen die eigene Bevölkerung verschärft hatte und die im Gegensatz zu den Sowjets nicht erkannte, dass der selbst geschürte gesellschaftliche Hexenkessel vor der Explosion stand.

Spätestens seit Sommer 1952 hatte die diktatorische Gewalt der SED-Herrschaft alle Schichten und Milieus der Gesellschaft erreicht und erfasst. Um Missverständnissen auf Seiten des Lesers vorzubeugen: Wer sehen wollte oder zwischen 1945 und 1952 selbst bzw. im eigenen Umfeld von der Willkür der Besatzungsmacht oder ihres deutschen Vollstreckers betroffen war, hatte an der diktatorischen Gestalt des zwischen Elbe und Oder beschrittenen Weges nie Zweifel gehegt. Aber Demokratie zählte in jener

Der Juni-Aufstand aus Sicht der DDR-Propaganda

Zeit keineswegs zu den Wertvorstellungen, die die Mehrheit der Deutschen bereits verinnerlicht hatte. Bis 1952 waren in der Regel politische und ökonomische Akteure ins Visier der Besatzungsmacht und/oder der SED geraten. Demgegenüber hatte der »Normalbürger« vor allem mit der Nachkriegsnot zu kämpfen, die anfänglich nicht in erster Linie dem politischen System zur Last gelegt wurde. Auch war nach der Besatzungswillkür im ersten Nachkriegsjahr die Zahl von Verhaftungen aus politischen Gründen zunächst rückläufig. Anders als in der politischen Führung der DDR wurde die deutsche Einheit von den meisten Menschen damals nicht nur ersehnt, sondern durchaus in absehbarer Zeit für möglich gehalten.

Diese Erwartungen sollten im Sommer 1952 einen herben Dämpfer erfahren. Damals beschloss die 2. SED-Parteikonferenz nicht nur den Aufbau des Sozialismus in der DDR, sondern auch deren forcierte militärische Aufrüstung. Durch die Überführung der Landwirtschaft und des Handwerks in so genannte Produktionsgenossenschaften sollte die soziale Basis in der DDR dergestalt verändert werden, dass der sozialistische Überbau alsbald folgen konnte. Dieser »große Sprung« sollte durch eine weitere Zentralisierung sowie eine Militarisierung des politischen Systems abgesichert werden. Und tatsächlich erschien die DDR im Sommer 1952 nach außen stabil. Im Westen sahen nicht wenige besorgt die Wochenschau-Aufzeichnungen von FDJ-Aufmärschen und anderen Massenkundgebungen. Die meisten DDR-Bürger schienen über die Parteien und Massenorganisationen in das politische System integriert. Allein mehr als 1,5 Millionen Menschen gehörten der SED an. Die Polizei war gerüstet. Seit 1950 wirkte das Ministerium für Staatssicherheit im Verborgenen.

Doch der äußere Schein trog. Zwar hatten die Beschlüsse der 2. Parteikonferenz dem bis dato über der SED-Führung schwebenden Damoklesschwert einer plötzlichen Übereinkunft Moskaus mit den Westmächten über ein neutralisiertes Gesamtdeutschland vorerst die Schärfe genommen. Doch der Preis war hoch, den die Ost-Berliner Partei- und Staatsführung für die weitere Integration ihres Herrschaftsgebietes in den Ostblock zu zahlen hatte. Der ostdeutsche Militärbeitrag zum sowjetischen Sicherheitssystem und der von der 2. Parteikonferenz in diesem Zusammenhang beschlossene Ausbau der Schwerindustrie waren im 1951 angelaufenen Fünfjahrplan nicht vorgesehen. Dies sollte den jungen Staat binnen Jahresfrist vor die Zerreißprobe stellen.²

»Wir sind uns darüber im klaren«, schwadronierte ein hoher Parteifunktionär bereits Anfang Juli 1952 im kleinen Kreis, »die Waffen für unsere bewaffneten Streitkräfte müssen die technisch besten und wirksamsten sein. Wir werden das auch ganz offen sagen. Das kostet aber Geld und – was

noch viel mehr ist: – Material. Die paar Kapitalisten können wir nicht so besteuern, daß sie das tragen können, also muß unsere Wirtschaft das tragen – unsere werktätigen Menschen.«³

Klassenkampf von oben

Mittels der Steuer- und Abgabenschraube versuchte die Parteiführung ihren enorm gestiegenen Finanzbedarf nicht nur aus dem Mittelstand zu pressen, sondern diesen zeitgleich in die Genossenschaften zu zwingen und damit faktisch zu enteignen. Trotz der halbherzigen Mahnungen, »Überspitzungen« bei der Kollektivierung der Landwirtschaft und des Handwerks zu vermeiden, tobte ab Herbst 1952 auf dem Lande der Klassenkampf. Wer von den Groß- und Mittelbauern das festgesetzte »Soll« unterschritt, sah sich rasch als »Schieber« oder »Spekulant« kriminalisiert. Bis Ende Januar 1953 wurden gegen mehr als 1200 Bauern Strafverfahren angestrengt. Auch bei dem Versuch, das private Handwerk zum Beitritt in die Produktionsgenossenschaften zu bewegen, setzte die SED auf das Wirtschaftsstrafrecht statt auf Überzeugungsarbeit. Ab Oktober 1952 sorgte das »Gesetz zum Schutz des Volkseigentums« selbst bei kleinsten Vergehen für drakonische Strafen. Zwischen Juli 1952 und Mai 1953 stieg die Zahl der Gefängnisinsassen in der DDR von 31.000 auf über 66.000.⁴

Doch damit nicht genug. Zum Jahreswechsel 1952/53 öffnete die SED weitere Fronten im hausgemachten Klassenkampf. Die Verhaftungen des liberaldemokratischen Ministers für Handel und Versorgung, Karl Hamann, im Dezember 1952 und des christdemokratischen Außenministers, Georg Dertinger, Mitte Januar 1953 markierten die letzte Etappe auf dem seit 1947 beschrittenen Weg zur Gleichschaltung der beiden »bürgerlichen« Parteien zur SED-Massenorganisation. Die spektakulären Verhaftungen waren nur die Spitze des Eisbergs. Mit der Einrichtung eigener Überprüfungscommissionen plagiierte die auf SED-Linie gebrachte LDPD die in den Jahren zuvor von der SED betriebene Säuberung des Funktionskörpers.⁵ Mit den Ergebnissen der im Frühjahr 1952 durchgeführten Parteiwahlen in der CDU, die ausdrücklich mit einer Säuberung einhergehen sollten, war die SED nicht zufrieden. Im Dezember 1952 verurteilte das Erfurter Bezirksgericht sieben CDU-Mitglieder zu hohen Zuchthausstrafen. Einen Monat später ereilte vier Christdemokraten in Gera das gleiche Schicksal. In beiden Fällen lautete der Vorwurf, die Angeklagten hätten Verbindungen zur westdeutschen CDU unterhalten. Die Verhaftungswel-

le auf zentraler sowie auf Bezirksebene zog die Flucht zahlreicher weiterer CDU-Funktionäre nach sich.⁶

Zum Jahreswechsel 1952/53 leitete die SED eine weitere, alle Schicht- oder Klassengrenzen überschreitende Offensive ein, die sich gegen die Kirchen richtete. Schon lange war der Partei der nachhaltige gesellschaftliche Einfluss der einzigen unabhängigen und zudem gesamtdeutschen Institution ein Dorn im Auge. Insbesondere die evangelische Junge Gemeinde, die vor allem an den Oberschulen erfolgreich das Organisationsmonopol der FDJ herausforderte, wurde zur Zielscheibe staatlichen Terrors, der bis zur Vorbereitung einer Serie von Schauprozessen reichte.⁷

De facto eskalierte die vom SED-Apparat im Sommer 1952 eingeleitete »Verschärfung des Klassenkampfes« zum Jahreswechsel 1952/53 zu einem Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Denn auch die Arbeiterschaft blieb von dieser Entwicklung keineswegs verschont. Mit Einsparungen und Plädoyers zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität allein hatte sich der zusätzliche Finanzbedarf ebenso wenig decken lassen wie durch die immer drückender werdenden Steuer- und Abgabelasten für den Mittelstand. So setzte die SED-Führung in ihrer Not zunehmend auf Preissteigerungen, strich Subventionen und erhöhte die Akkordsätze, was die Lebensverhältnisse in den Arbeitnehmerhaushalten massiv verschlechterte. Nicht mehr die »Entfaltung der Schöpferkraft der Massen, ihres Vertrauens in die eigene Kraft« wie noch im Februar 1952 im *Neuen Deutschland* gefordert, sondern nackter Terror sollte die Bevölkerung zur Verwirklichung der Planaufgaben antreiben.

Im Herbst 1952 fahndeten die Parteikontrolleure im Kohlebergbau, in den Stahlwerken, in der Landwirtschaft und in einzelnen SED-Kreissekretariaten nach den »Verantwortlichen« der hausgemachten Misere. Parteimitglieder, darunter häufig Arbeiter, wurden von den selbst ernannten Tugendwächtern kurzerhand wegen Saufgelagen oder Frauengeschichten aus der SED ausgeschlossen oder weil sie es gewagt hatten, die selbstherrlichen Partei- und Kommunalfunktionäre zu kritisieren. In den volkseigenen Unternehmen konterkarierten viele SED-Betriebsfunktionäre wiederum häufig die rigiden Sparmaßnahmen, indem sie die zugewiesenen Gehaltsmittel überschritten und damit das Normensystem unterliefen.

Auf den ersten Blick schien insbesondere die Arbeiterschaft der DDR in das von der SED installierte Netz von Massenorganisationen, allen voran im FDGB, eingebunden zu sein. Doch das sagte nichts aus über deren politische Überzeugungen. Als im Herbst 1952 die Bau-Union Magdeburg 900 Bauarbeiter zum Besuch der Großbaustelle Stalinallee nach Berlin

Die rote kommunistische Fahne brennt.

Am Potsdamer Platz verbrennen Demonstranten HO- und Sektorenschilder.

kutscherte, zogen es 700 von ihnen vor, in West-Berlin die Industrieausstellung sowie die Kaufhäuser und Kinos zu besuchen.⁸

Im sechsten Jahr ihrer Existenz übte die SED auf die Arbeiterschaft keine Anziehungskraft mehr aus. Seit dem Abschluss der großen Mitgliederüberprüfung 1951 war der Anteil der Arbeiter in der Partei von 41 auf 38 Prozent zurückgegangen. Im November 1952 musste man sich in der Parteispitze eingestehen: »Wir haben faktisch keine Neuaufnahmen in der Partei.« Es gebe Betriebe mit 3000 bis 4000 Mitarbeitern, in denen seit Herbst 1951 kein einziger Arbeiter der Partei beigetreten sei. Mit der Transformation zur Partei Neuen Typus hatte sich die SED weit von ihren historischen, politischen und vor allem sozialen Wurzeln entfernt, auf die sie sich bei ihrer Gründung im Frühjahr 1946 berufen hatte. Nichts war geblieben vom Bekenntnis zur Demokratie in Partei, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, von der emanzipatorischen und antikapitalistischen Grundhaltung, für die die Rechte der Mehrheit und der Unterprivilegierten politische Richtschnur sind, und dem Anspruch, Sozialdemokratie und Kommunismus zu versöhnen. Aus der Partei der Arbeiterbewegung hatte sich eine Staatspartei entwickelt, für die der Machterhalt zum Selbstzweck geworden war und deren Anhängerschaft sich zunehmend aus Funktionsträgern zusammensetzte, die in der Bevölkerung auf unverhohlene Ablehnung stießen.

Solange die SED-Bürokratie mit dem von ihr instrumentalisierten Sicherheits- und Justizapparat und der sowjetischen Besatzungsmacht im Rücken selbstsichere Stärke demonstrierte, blieb den Menschen in der DDR nur ein Weg, um dem – zum Teil existentiellen – politischen und ökonomischen Druck zu entgehen: die Übersiedlung nach Westdeutschland, die sich nicht selten als Flucht gestaltete. Hatten im Verlauf des Jahres 1952 rund 182.000 DDR-Bürger ihrem Staat für immer den Rücken gekehrt, stieg die Zahl der Flüchtlinge bereits in den ersten vier Monaten des Jahres 1953 auf über 120.000.

Die Situation spitzt sich zu

Der Terror, den die SED-Führung seit Sommer 1952 in der Gesellschaft entfacht hatte, sollte auch vor der eigenen Partei nicht Halt machen. Im November 1952 kündigte der Prager Schauprozess gegen Rudolf Slánský und 13 weitere ranghohe tschechoslowakische Parteifunktionäre eine weitere Säuberungswelle in den kommunistischen Staatsparteien Osteuropas an. Bereits 1949 hatten derartige massenhafte Säuberungen nach Schauprozessen in Ungarn und Bulgarien die kommunistische Welt erschüt-

Im ersten Stock des HO-Ladens am Potsdamer Platz hissen Volkspolizisten die weiße Fahne.

tert. Das Prager Tribunal hatte eine offen antisemitische Note, die mit der »Aufdeckung« der so genannten »Ärzteverschwörung« in der Sowjetunion weiter zugespitzt wurde. Ende 1952 begannen in der DDR wie in allen osteuropäischen Staaten die Vorbereitungen zu eigenen Exempeln. Selbst in Ostdeutschland schreckte die SED nicht davor zurück, die wenigen Über-

lebenden des Holocausts zu bedrängen, welche im Land verblieben waren und sich nicht selten für die SED engagierten. Doch während Stalins Tod am 5. März 1953 den Prozess der Selbstzerstörung in der Sowjetunion beendete, drehte sich in Ost-Berlin das Schwungrad der Säuberungen unvermindert weiter. Mitte März 1953 wurde der Altkommunist Franz Dahlem, der als die Nummer Zwei in der Parteihierarchie galt, seiner Funktionen enthoben. Eine Woche später forderte Walter Ulbricht eine Säuberung des gesamten Partei- und Staatsapparates sowie der Massenorganisationen.

Die Tagung des SED-Zentralkomitees Mitte Mai 1953 sollte als Ausgangspunkt zu dieser neuen Kampagne fungieren. Der Verlauf dieser Tagung machte nicht zum ersten Mal den Zusammenhang zwischen politischem Terror und dem Versuch deutlich, die Partei und die Gesellschaft für die Ziele der SED-Führung zu mobilisieren. Während das ZK mit einem Beschluss dafür Sorge tragen wollte, »die Lehren aus dem Slánský-Prozess« auf die DDR zu übertragen, war der andere wie folgt überschrieben: »Über die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und die Durchführung strengster Sparsamkeit«.

Die Frage neuerlicher parteiinterner Säuberungen dürfte zu diesem Zeitpunkt nur eine Minderheit in der Bevölkerung interessiert haben. Demgegenüber hatte der Wirtschaftsbeschluss des ZK eine weitaus größere Bedeutung. Der sah schließlich eine zehnprozentige Normenerhöhung bei entsprechenden Lohninbußen vor. Die Stimmung in der Bevölkerung erreichte ihren Siedepunkt. Immer mehr Meldungen über tätliche Auseinandersetzungen zwischen erbosten Bürgern und allzu forschen Funktionären gingen bei der Parteiführung ein. Die Zahl derjenigen, die die DDR für immer verließen, stieg weiter an.

Trotz ihres Überwachungs- und Spitzelapparates verkannte die SED die Situation völlig. Der Kreml dagegen – von Berichten aus Ostdeutschland aufgeschreckt –, zitierte die SED-Führung Anfang Juni nach Moskau. Sie wurde aufgefordert, von der »Forcierung des Aufbaus des Sozialismus in der DDR« Abstand zu nehmen. Der Klassenkampf auf dem Lande sowie gegen die Handwerker und Christen war einzustellen. Gleichzeitig versprach Moskau, die Rüstungslasten der DDR zu mindern, um die wirtschaftliche Misere zu mildern. Die Direktive entsprach einer neuen politischen Generallinie, die Stalins Nachfolger allen osteuropäischen Staaten verordneten. Am 9. Juni formulierte das SED-Politbüro demgemäß ein Kommuniqué, mit dem ein »neuer Kurs« angekündigt und »eine Reihe von Fehlern« eingeräumt wurden. Doch das am 11. Juni veröffentlichte Papier nahm die Normenerhöhung nicht zurück – ein folgenschwerer Fehler! Aus den Berichten, die von der Parteibasis nach oben weitergeleitet wurden, ging her-

vor, dass die Bevölkerung den abrupten Kurswechsel als Bankrotterklärung der Einheitspartei verstand: »Otto Grotewohl habe sich vergiftet, Walter Ulbricht sei nicht aufzufinden, Wilhelm Pieck seien beide Beine abgeschossen. 70 Mann von der Regierung sind verhaftet, in Berlin und in den Leuna-Werken sind Unruhen ausgebrochen«, erzählte man sich etwa im Bezirk Gera.⁹

Die SED in der Defensive

In jenen Junitagen war die SED erstmals für alle sichtbar in die Defensive geraten. Das Eingeständnis von Fehlern desorientierte insbesondere jene Parteigänger, die die in den Monaten zuvor gültige Generallinie rücksichtslos vertreten hatten. Einen Tag vor der Veröffentlichung des Kommuniqués war den Bauarbeitern in Ost-Berlin erstmals die Lohntüte mit den geringeren Akkordlöhnen ausgehändigt worden. In dieser Situation, da die SED-Führung einerseits Schwäche zeigte, andererseits die Löhne derjenigen kürzte, in deren Namen sie doch angeblich herrschte, besannen sich die Arbeiter ihrer eigenen Kraft: »Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm dies will!« Zwar war das Streikrecht in der DDR-Verfassung festgeschrieben, tatsächlich hatte zunächst die sowjetische Besatzungsmacht und später die SED alles – wenn auch mit wechselndem Erfolg – versucht, um Streiks in Ostdeutschland zu verhindern. Doch die gewerkschaftlichen Traditionen lebten nicht nur in den Köpfen der älteren Arbeiter fort, die sich noch gut an die Arbeitskämpfe in der Weimarer Republik erinnerten. Auch die Jungarbeiter hatten in den Jahren zuvor beobachten können, wie in West-Berlin Arbeiter und Angestellte für ihre Forderungen erfolgreich in den Ausstand gegangen waren.

Was in Ost-Berlin als wilder Arbeitskampf begann, wurde über Nacht zum Auslöser eines politischen Aufstandes, in dem der Ruf nach Freiheit, nach dem Rücktritt der Regierung und freien Wahlen die sozialen Forderungen in den Hintergrund drängte.

Wie eingangs geschildert, beschränkte sich der Aufstand nicht auf einige wenige Zentren der DDR, sondern erfasste in seiner Breite nahezu die gesamte DDR. Selbst auf dem Lande, wo bäuerliche Selbstständige unter der Kollektivierungspolitik besonders zu leiden hatten, kam es in jenen Junitagen zu Protesten. Die SED hatte mit ihrem Kommuniqué ein Ende der Zwangskollektivierung angekündigt. Vielerorts lösten sich daraufhin die mit Nötigung und Zwang entstandenen Produktionsgenossenschaften wieder auf.

*Die SED erklärte den Aufstand zu einem von außen gelenkten
»faschistischen Putschversuch«.*

Für jene, die den Aufstand – gleich auf welcher Seite der Barrikaden – erlebt hatten, war das Ereignis mit einem Schock verbunden, der lange nachwirkte. Vier Tage nach dem Aufstand formulierte der damals 74-jährige einstige Sozialdemokrat Otto Buchwitz auf einer Sitzung des SED-Zentralkomitees noch immer fassungslos: »Es war doch ein Stoß in die Herzgegend – mit welcher Liebe haben wir die Partei aufgebaut – zu erkennen, daß uns Teile der Partei im Stich ließen, daß uns die Jugend im Stich ließ! Das tut doch weh. [...] Was ist denn mit der höchsten Instanz unserer Partei hier los? Wir sitzen da, als hätten wir uns in die Hosen gemacht.«¹⁰

Lernschock 17. Juni

Doch selbstkritische Töne sollten nicht lange vorhalten. Kurze Zeit später wurde Max Fechner, einstmals Sozialdemokrat und bis dahin DDR-Justizminister, seines Amtes enthoben, angeklagt und verurteilt, weil er den streikenden Arbeitern zugesichert hatte, sie würden nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Die SED erklärte den Aufstand zu einem von außen gesteuerten »faschistischen Putschversuch«. Sie ließ sich in dieser Denunziation auch dann nicht beirren, als die Staatssicherheit im Dezember 1953 einräumen musste, dass weder Hintermänner noch Organisatoren des »Putsches« vom 17. Juni ermittelt werden konnten. Die SED-Führung hatte erleben müssen, dass ihr offenkundig nicht nur die Mehrheit der Bevölkerung feindlich gegenüberstand, sondern dass sie sich noch nicht einmal auf die Mitglieder der eigenen Partei, geschweige denn auf die ihrer Massenorganisationen verlassen konnte. Aus dieser traumatischen Erfahrung resultierte fortan eine Doppelstrategie: Einerseits galt es, die Bevölkerung mit »Zuckerbrot« zu neutralisieren und andererseits mit der »Peitsche« einzuschüchtern. Und so wurde der Ausbau des Ministeriums für Staatssicherheit sowie anderer bewaffneter Organe zeitgleich von dem Versuch begleitet, durch Lebensmittelimporte, Unterhaltungsangebote und nachlassenden politischen Druck die Gesellschaft zu befrieden. Auch wenn die SED-Verlautbarungen der folgenden Jahrzehnte einen anderen Eindruck erweckten: Die Parteiführung glaubte fortan wohl selbst nicht mehr wirklich daran, die Menschen, wenn nicht durch Überzeugung, so doch zumindest durch Agitation und Propaganda einerseits und durch die sozialistische Umgestaltung der »Basis« andererseits für den sozialistischen Aufbau gewinnen zu können. Sieht man von einer gegenläufigen Phase Ende der fünfziger Jahre ab, sollten insbesondere soziale und konsumtive Wohltaten – die in der Ära Honecker auf Pump finanziert wurden – Loyali-

tät stiften. Eine Loyalität, über die das MfS im Verborgenen wachen sollte. Und so ist es mehr als bezeichnend, dass Erich Mielke Ende August 1989, als sich 36 Jahre nach dem Juni-Aufstand in der ganzen DDR erneut Opposition artikuliert, auf einer Dienstberatung seine Mitarbeiter verstört fragte: »Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?«¹¹

Für jene, die 1953 auf die Barrikaden gegangen waren oder als verunsicherte Zaungäste die Niederschlagung des Aufstandes miterlebt hatten, lautete die schockierende Lektion, dass die SED-Diktatur gegen den Widerstand der Sowjetunion nicht aus eigener Kraft überwunden werden konnte. In der Folgezeit wurde deutlich, dass die DDR dauerhaft in das sowjetische Machtsystem eingegliedert bleiben würde. Die meisten Menschen verloren ihre Hoffnungen, dass sich die einstigen Alliierten doch noch in der deutschen Frage einigen könnten. So blieb nur noch die Flucht nach Westdeutschland, um sich den Zumutungen der SED-Diktatur dauerhaft zu entziehen. Zwischen 1953 und 1961 entschieden sich mehr als zwei Millionen Menschen für diesen Weg. Und so lässt sich der Entschluss der SED-Führung im August 1961, die Berliner Mauer zu bauen und den letzten Weg nach Westen zu verschließen, ohne einen Rückgriff auf den Aufstand vom 17. Juni 1953 nicht erklären.

Der 17. Juni und die friedliche Revolution 1989

Als immer mehr Menschen in der DDR im Spätsommer 1989 den Mut fanden, neuerlich gegen die SED-Diktatur auf die Straße zu gehen, bedurfte es nicht der Erinnerung an den 17. Juni, um die bange Frage zu stellen, ob das Aufbegehren durch Panzerketten niedergewalzt werden würde – gleich ob von deutschen oder sowjetischen. Schließlich hatte das kommunistische China im Juni 1989 mit dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens demonstriert, wie eine Demokratiebewegung blutig niedergeschlagen werden konnte – und hatte dafür den Applaus der SED-Führung erhalten. Erst als im Oktober 1989 deutlich wurde, dass das sowjetische Militär in den Kasernen bleiben würde, überwand die Demonstranten ihre Angst, fanden immer größeren Zulauf –, die Macht der SED war gebrochen. Manches spricht dafür, dass der mehr als drei Jahrzehnte zurückliegende Aufstand im Bewusstsein der zumeist jungen Protagonisten der friedlichen Revolution keine oder nur eine sehr geringe Rolle gespielt hat. Dies war sowohl der SED-Propaganda geschuldet, die nicht müde geworden war, den Aufstand als faschistisch zu denunzieren, als auch dem von der Obrigkeit verordneten Schweigen, dem die Aufständischen des Jahres 1953 in der Folgezeit

unterlagen. Zudem hatte der 17. Juni in der westdeutschen Erinnerungskultur der achtziger Jahre nur noch eine geringe Rolle gespielt. So blieb die Zahl der Fernsehdokumentationen und Radiosendungen überschaubar, die über den Äther im Osten Deutschlands über dieses Ereignis informierten. Zwischen den Generationen der Oppositionellen der vierziger bzw. fünfziger Jahre und denen der siebziger bzw. achtziger Jahre bestand keine Verbindung, die es auf der persönlichen Ebene ermöglicht hätte, Erinnerungen und Bewusstsein zu tradieren. Eine solche Verbindung hätte sich wohl auch – jenseits der Stasi-Überwachung – als schwierig erwiesen. War die Opposition vor dem Mauerbau überwiegend eine dezidiert antikommunistische, verfügte die Opposition in der Ära Honecker über zwei Wurzeln: eine christliche und eine der innerkommunistischen Dissidenz. Und so vermag es nicht zu verwundern, dass zwei Schlüsselfiguren der DDR-Opposition nach dem Mauerbau, Robert Havemann und Wolf Biermann, eine ambivalente Haltung zum Aufstand einnahmen.

In der Rückschau thematisierte Havemann sein Verhalten während des Aufstandes durchaus selbstkritisch, hatte er doch vergeblich versucht, die aufgebrachten Massen zu agitieren. 25 Jahre später beklagt er die »politische Blindheit«, die damals nicht dazu geführt habe, den »Volksaufstand« als »eine einmalige Chance nach 1945 für die deutschen Kommunisten« zu nutzen, »zu einer selbständigen Politik zu kommen. Statt diese Chance zu ergreifen, kämpften die Diadochen untereinander«. Sein Gedankenspiel, »die Partei hätte sich damals nicht gegen die Arbeiter zur Wehr setzen und den Protest nicht niederschlagen müssen, sondern ihn auffangen und sich mit ihm identifizieren können«, wirkt in der Rückschau illusionär. 1953 war die SED derart diskreditiert, dass es – denkt man Havemanns Gedanken weiter – wohl zu einer Spaltung der Partei gekommen wäre, die die Zwangsvereinigung rückgängig gemacht und die DDR nicht minder zur Disposition gestellt hätte.¹²

Wolf Biermann fasste die Ambivalenz der kritischen Linken gegenüber dem 17. Juni auf seinem legendären Konzert 1976 in Köln in Worte, als er über den Aufstand des Jahres 1953 urteilte¹³: »[...] dieser 17. Juni hatte durchaus einen Januskopf. Er hatte zwei Gesichter. Er war schon ein demokratischer Arbeiteraufstand und noch eine faschistische Erhebung«. Eine Einschätzung, die durchaus ihre Wirkung entfaltet haben dürfte, wenn man bedenkt, dass Mitschnitte des Biermann-Konzerts sowie Aufnahmen seiner Schallplatten in den oppositionellen Zirkeln bis zuletzt kursierten. So unverständlich Biermanns Diktum, von dem dieser selbst längst abgerückt ist, heutigen Zeitgenossen auch erscheinen mag, so lässt es sich doch aus dem Denken der antistalinistischen Oppositionellen erklären. Diese intel-

*Sowjetische Panzer inmitten der Menschenmenge
an der Ecke Friedrichstraße/Leipziger Straße.*

lektuelle Avantgarde misstraute letztlich stets den Instinkten jener Klasse, in deren Namen sie einen besseren Sozialismus aufbauen wollte. Und zurückprojiziert auf das achte Jahr nach Kriegsende wären auch jene, die die SED-Diktatur von innen auf das Schärfste kritisierten, bereit gewesen, ihren Sozialismusversuch durch sowjetische Panzer schützen zu lassen: »Ja, ich habe [...] die russischen Panzer gesehen, in verschiedenen Phasen des Geschichtsprozesses«, äußerte sich Biermann 1976. »Mein erstes Erlebnis in der DDR, als ich rüberkam als 17-jähriger, 1953, war der 17. Juni. Ich habe davon sehr wenig verstanden, weil ich sehr jung und naiv war, wenn auch kommunistisch erzogen. Und aus meiner heutigen Sicht, die viele Wandlungen durchgemacht hat, [...] würde ich, genauso wie mein verehrter Meister Brecht, [...] wenn die russischen Panzer kommen am 17. Juni und die faschistische Dimension, die auch in diesem 17. Juni war, niederwalzen, würde ich verzweifelt und mit Tränen in den Augen die Mütze runterreißen und diese Panzer begrüßen.«

Der Gedenktag

Die politische Klasse der Bundesrepublik Deutschland reagierte auf die Juniereignisse zwischen Elbe und Oder weithin übereinstimmend. Bereits am 3. Juli 1953 beschloss der Bundestag, den 17. Juni in Erinnerung an den Aufstand in der DDR fortan als »Tag der deutschen Einheit« zu begehen. Jahr für Jahr sollte an das Ereignis und dessen Teilnehmer erinnert werden, damit das Staatsziel der Vollendung der deutschen Einheit nicht in Vergessenheit gerate. Dieser nahezu parteiübergreifende Konsens, einzig die KPD hatte sich die Lesart der SED zum Aufstand zu Eigen gemacht, ließ dennoch unterschiedliche Deutungen des Aufstandes zu. Für Konrad Adenauer, der mit seiner CDU im September 1953 siegreich aus den Wahlen zum zweiten Bundestag hervorging, war der Aufstand eine Bestätigung seiner Politik sowie seiner Überzeugung, dass die deutsche Einheit in Freiheit nur in einer Verankerung Deutschlands im Westen zu erreichen war. Die Sozialdemokraten hoben den Anteil der Arbeiter hervor, die an der Spitze des Aufstandes für Einheit und Freiheit gestanden hatten.

In den ersten Jahren nach dem 17. Juni 1953, als zu den Jahrestagen in Westdeutschland unter erheblicher Anteilnahme der Bevölkerung Mahnfeyer an der innerdeutschen Grenze angezündet und Millionen von Anstecknadeln mit dem Brandenburger Tor verkauft wurden, war in aller Regel vom gescheiterten Volksaufstand die Rede. Erst mit zunehmender zeitlicher Distanz, als die Emotionen nachließen und sich der 17. Juni ei-

SPD-Flugblatt aus Anlass der Bundestagswahl am 6.9.1953

nen festen Platz im Freizeitverhalten der bundesdeutschen Bevölkerung erobert hatte, war in den spärlicher werdenden Publikationen zum Ereignis mehr und mehr vom »Arbeiteraufstand« die Rede. Kontroversen mit größerem Nachhall lösten diese Bewertungsfragen vor 1989 ebenso wenig aus wie in den Jahren bis 1993, als der 40. Jahrestag des Aufstandes erstmals eine breitere Aufmerksamkeit im vereinten Deutschland auf das Ereignis lenkte. Der 17. Juni selbst wurde seit 1991 nicht mehr als Feiertag begangen, war er doch zugunsten des neuen Tags der deutschen Einheit, dem 3. Oktober, wieder ein normaler Werktag geworden. Dies – nebenbei bemerkt – war keine glückliche Entscheidung des gesamtdeutschen Parlaments. Der 17. Juni hätte doch anders als der 3. Oktober dazu beigetragen, daran zu erinnern, dass der Wille zu Einheit und Freiheit in Ostdeutschland damals nur durch Gewalt unterdrückt werden konnte. Die deutsche Geschichte ist nicht reich an Beispielen kollektiven Muts gegen eine diktatorische Obrigkeit. Ein solches Beispiel wäre auch in Westdeutschland wünschenswert! Der Vollzug der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 war das staatsrechtliche Ergebnis eines revolutionären Prozesses, der im Juni 1953 unterbrochen und im Herbst 1989 vollendet wurde. Das Datum des Beitritts der ostdeutschen Länder zur Bundesrepublik war nicht mehr als ein zufällig gewählter Termin.

Der Kampf um die Deutungsmacht

In den Debatten aus Anlass des 40. Jahrestages des Aufstandes spielten derlei Überlegungen nur eine untergeordnete Rolle. Die Öffentlichkeit bekam vielmehr eine Diskussion präsentiert, die nach einem weiteren Jahrzehnt absurd anmutet. Mit Schärfe wurde plötzlich debattiert, ob der 17. Juni 1953 nun ein Volksaufstand, ein Arbeiteraufstand oder gar eine – wenn auch gescheiterte – Revolution gewesen sei. Sich für die eine oder andere Lesart zu entscheiden, kam rasch einem politischen Glaubensbekenntnis gleich. Armin Mitters Einführung in den lesenswerten Sammelband »Der Tag X – 17. Juni 1953«, der von ihm sowie Ilko-Sascha Kowalczyk und Stefan Wolle 1995 herausgegeben wurde, resümiert die damalige Debatte aus der Sicht derer, für die der 17. Juni wenigstens ein Volksaufstand, aber noch viel mehr eine gescheiterte Revolution war. Dabei fällt die Verbissenheit auf, mit der hier auf beiden Seiten um die Etikettierung gekämpft wurde.

In der ersten Hälfte der neunziger Jahre wurde der Kampf um die Deutungshoheit zur DDR-Geschichte in einer tagespolitisch aufgeheizten

Situation geführt, so dass die Art und Weise, wie mancher Konflikt ausgetragen wurde, den Eindruck erweckte, es würde um die Lufthoheit über den Stammtischen gekämpft. Ehemalige Historiker der SED, die vor 1989 zur Diffamierung des 17. Juni 1953 durch die eigene Partei mindestens geschwiegen hatten, waren durchaus daran interessiert, soziale Forderungen wie auch die Arbeiterschaft in den Mittelpunkt des Aufstandes zu stellen, war doch offenkundig, dass das Etikett »Volksaufstand« die Illegitimität des eigenen Systems aufs Neue verdeutlicht hätte. Für konservative Geschichtspolitiker der alten Bundesrepublik, die vor 1989 in der linksliberal geprägten westdeutschen DDR-Forschung kaum Gehör fanden, bot sich die Möglichkeit, endlich Deutungsmacht zu gewinnen und die 1983 angekündigte geistig-moralische Wende auch in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung zu schaffen. Die alten Kämpfen der westdeutschen DDR-Forschung wiederum erschauerten angesichts der Vehemenz der Diskussion und klammerten sich nicht selten an lieb gewordene Interpretationen, die es doch stets zu hinterfragen gilt.

Der 17. Juni 1953 in seiner historischen Dimension

Jenseits des politischen Tageskampfes sowie des Versuchs einzelner Strömungen in der DDR-Forschung, die Deutungshoheit über den Aufstand zu erlangen, spielte bei vielen, die sich in dieser Frage engagierten, noch ein anderer Gedanke eine Rolle: Wenn es »nur« ein Arbeiteraufstand gewesen sein sollte, stünde er dann nicht »nur« für eine einzelne Erscheinung in der (ost-)deutschen Geschichte? Ein Volksaufstand, gar eine Revolution hingegen, würde an 1848 und 1918 anknüpfen und wäre – wie vom Autor hier vertreten – ein Vorspiel zur friedlichen Revolution von 1989. Damit ist die – keineswegs nur – für das ostdeutsche Selbstbewusstsein wichtige Botschaft verbunden, dass sich das (ost-)deutsche Volk gegen Unterdrückung und Diktatur aufgelehnt hat, wenn es dafür die Möglichkeit sah, mit oder ohne Erfolg – je nachdem, wie die inneren und äußeren Umstände gelagert waren. Den Ostdeutschen wird damit eine wesentlich größere historische Rolle zugeschrieben, als wenn es sich »nur« um einen Arbeiteraufstand gehandelt hätte. Zum 50. Jahrestag des Aufstandes dürfte sich die Debatte versachlichen.

Vermutlich konnte die Diskussion vor zehn Jahren auch deshalb so scharf geführt werden, weil, wie so oft, erst die Summe der Einschätzungen eine Annäherung an das historische Ereignis erlaubt. Es gab wohl kaum eine Massenerhebung in der jüngeren Geschichte, die lupenrein

einer sozialen Schicht zugeordnet werden könnte. Den 17. Juni 1953 allein als Arbeiteraufstand zu bezeichnen, würde ebenso zu kurz greifen, wie den wesentlichen Anteil der Arbeiter an diesem Volksaufstand zu negieren. Im Untertitel der beeindruckenden Publikation von Gerhard Beier zum 17. Juni aus dem Jahr 1993 heißt es: »Bauleute gingen voran«. Und der leider inzwischen verstorbene Privatgelehrte zieht aus seinen umfangreichen Studien die Schlussfolgerung: »Es war ein Arbeiteraufstand, eine proletarische Revolution«; was ihn nicht daran hinderte, kurz darauf vom »Volksaufstand« zu sprechen. Zwei von drei in der DDR verhafteten Demonstranten waren nach der Statistik der Repressionsorgane Arbeiter, weitere 13 Prozent Angestellte. Eine verschwindend geringe Minderheit bildeten selbstständige Handwerker, Klein- oder Großbauern, Unternehmer. Doch derlei Zahlenmaterial verdeutlicht vor allem, dass der Aufstand im Juni 1953 vom Volk getragen wurde. Was als wilder Arbeitskampf begann, wurde am 16. Juni zu einem Arbeiteraufstand, der sich am 17. Juni 1953 zu einem Volksaufstand entwickelte.

Die Beiträge zu diesem Sammelband dokumentieren erneut, dass streikende Arbeiter der Motor der Bewegung waren. Ihre schiere Zahl, die in den Betrieben fortwirkenden gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Traditionen lieferten die kritische Masse, die erforderlich war, um zu massenhaften Aktionen überzugehen. Seite an Seite mit den Arbeitern demonstrierten Angestellte, Hausfrauen, Jugendliche, aber auch Vertreter des Mittelstandes. In der Tat beschränkte sich die Ablehnung der SED-Diktatur nicht auf eine soziale Schicht. Jene, die in den 600 Städten und Gemeinden auf die Straße gingen, waren auf sich allein gestellt. Der Westen, allen voran die USA, wollte – trotz aller Propaganda der »Befreiungspolitik« – keinen Dritten Weltkrieg für die Freiheit der Ostdeutschen riskieren. Der RIAS hatte durch seine Berichterstattung dazu beigetragen, dass sich die Kunde vom Ausstand der Bauarbeiter in der ganzen DDR verbreitete, doch auch der Sender konnte und wollte nicht der Kristallisationspunkt der Erhebung sein. Die Aufständischen zwischen Rostock, Jena und Görlitz waren sich intuitiv in dem einig, was sie ablehnten und was sie forderten. Eine republikweite, gar revolutionäre Untergrundorganisation fehlte, um den Aufstand zielgerichtet zu organisieren. Ob es einer solchen gelungen wäre, der sowjetischen Intervention erfolgreich zu begegnen, darf mit Fug und Recht bezweifelt werden. Aber gerade dieser Mangel verleiht dem Aufstand seine historische Größe: Der 17. Juni 1953 war eine genuine Volkserhebung, ohne politische Führer, ohne ein ausformuliertes Programm oder Konzept, einzig und allein aus dem Impetus heraus, der in jenen Tagen auf Transparenten zu lesen war oder skandiert wurde: »Wir wollen freie Menschen sein!«

Ost-Berliner Arbeiter mit dem Rest der einstigen Sektorenbeschilderung

Zu diesem Band

Der vorliegende Sammelband beschreibt den Aufstand in seinen lokalen und regionalen Ausprägungen. Der Blick richtet sich von Berlin und Potsdam über Görlitz, Leipzig, Jena, das Industriegebiet Halle-Bitterfeld bis an die Küste, nach Rostock. Dabei werden historische Wurzeln und regionale Besonderheiten als Bedingungsfaktoren des Aufstandes sichtbar. Während in den meisten industriellen Zentren die Aufständischen ihren Triumph bereits vor Augen wähten, gelang es der SED im Verein mit den Sowjets, in Potsdam und Rostock den Aufstand bereits in seinen Anfängen zu ersticken. Biographische Skizzen lokaler Akteure des Aufstandes ergänzen die sowohl ereignis- wie sozialgeschichtliche Perspektive. Der Beitrag über sozialdemokratische Widerstandsgruppen in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren macht deutlich, dass der Oppositionsgeist unter der Oberfläche der Parteidiktatur nicht erloschen war. Ein umfangreicher Zeitzeugenbericht, 1954 niedergeschrieben und bislang unveröffentlicht, zeichnet ein dichtes Bild der Berliner Ereignisse. Der Band wird mit einem Beitrag abgeschlossen, der den Aufstand als Gegenstand der Geschichtspolitik in den nachfolgenden Jahrzehnten resümiert und für dessen Verortung in der deutschen Erinnerungskultur plädiert.

Der Herausgeber möchte an dieser Stelle nicht nur den Autoren für ihre Mitwirkung danken. Dank gebührt auch der Friedrich-Ebert-Stiftung, die dieses Buch ermöglichte, und dem Leiter ihres Historischen Forschungszentrums Dieter Dowe, der das Buch angeregt und dessen Entstehen begleitet hat. Günter Hertel hat kenntnisreich und mit Engagement gemeinsam mit dem Herausgeber die Beiträge lektoriert, die Gretel Kilian akribisch Korrektur gelesen hat. Alle Fehler, die sich dennoch eingeschlichen haben, verantwortet allein der Herausgeber, der schließlich auch Daniela Müller vom Dietz Verlag für ihre Hilfe bei der Fertigstellung des Buchprojekts nachdrücklich danken möchte.

1 Alle nachfolgenden Angaben zum Aufstand beruhen auf den akribischen Recherchen von Ilko-Sascha Kowalczyk: 17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR. Vorgeschichte, Ablauf, Folgen, Bremen 2003. Er hat diese dem Autor dankenswerterweise noch vor Erscheinen seines eigenen Buches zugänglich gemacht!

2 Vgl. dazu Torsten Diedrich: Aufrüstungsvorbereitungen und -finanzierung in der SBZ/DDR in den Jahren 1948 bis 1953 und deren Rückwirkungen auf die Wirtschaft. In: Volksarmee schaffen – ohne Geschrei! Studien zu den Anfängen einer »verdeckten Aufrüstung« in der SBZ/DDR 1947–1952. Im Auftrag des Militärges-

- schichtlichen Forschungsamtes herausgegeben von Bruno Thoß, München 1994, S. 273ff.
- 3 Zitiert nach: Ulrich Mählert: Parteisäuberungen in der SED. In: Hermann Weber/ Ulrich Mählert (Hrsg.): Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953. Paderborn 1998, S. 425f.
 - 4 Vgl. dazu Falco Werkentin: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1995, S. 68ff.
 - 5 Vgl. dazu Ulf Sommer: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands. Eine Blockpartei unter der Führung der SED, Münster 1996, S. 136ff.
 - 6 Vgl. dazu Michael Richter: Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung, Düsseldorf 1991, S. 284ff., 317, 364ff.
 - 7 Vgl. Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden – Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 92ff.
 - 8 Diese Zustandsbeschreibung beruht auf der Diskussion auf der 65. Sitzung der ZPKK mit den Vorsitzenden der BPKK am 26. November 1952; SAPMO, BArch. – DY 30 IV 2/4/444, Bl. 123ff. Alle weiteren Zitate siehe in diesem Protokoll.
 - 9 Zitiert nach: Ilko-Sascha Kowalczuk/Armin Mitter: »Die Arbeiter sind zwar geschlagen worden, aber sie sind nicht besiegt!« Die Arbeiterschaft während der Krise 1952/53. In: Dies./Stefan Wolle (Hrsg.): Der Tag X – 17. Juni 1953. Die »Innere Staatsgründung« der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54, Berlin 1995, S. 49.
 - 10 Zitiert nach: Ilko-Sascha Kowalczuk: »Wir werden siegen, weil uns der große Stalin führt!« Die SED zwischen Zwangsvereinigung und IV. Parteitag«. In: Kowalczuk/Mitter/Wolle, Der Tag X, S. 171ff., hier: S. 171.
 - 11 Zitiert nach: Armin Mitter und Stefan Wolle: Ich liebe Euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS. Januar–November 1989, Berlin 1990², S. 125.
 - 12 Robert Havemann. Ein deutscher Kommunist. Rückblicke und Perspektiven aus der Isolation. Die Fragen an den Autor stellte Manfred Wilke. Mit einem Nachwort von Lucio Lombardo Radice, Reinbek bei Hamburg 1978, S. 76f.
 - 13 Vgl.: Wolf Biermann-Konzert 1976. 133minütige VHS-Videodokumentation; ders.: »Das geht sein' sozialistischen Gang – Live in der Sporthalle Köln, November 1976«. 2 CD. Verlag Zweitausendeins. Transkription durch den Autor.

Ulrich Mählert (Hg.)

Der 17. Juni 1953

Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit



Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 3-8012-4133-5

Copyright © 2003 by
Verlag J.H.W.Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, D-53175 Bonn
Satz: Petra Strauch, Bonn
Lektorat: Günter Hertel

Umschlaggestaltung: Daniela Müller, Bonn, unter Verwendung eines Fotos aus dem
Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung
Druck und Verarbeitung: WB-Druck, Rieden
Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2003

Inhalt

- 7 **Einleitung: Dimensionen eines Aufstandes**
Ulrich Mählert

I Der Aufstand in den Regionen

- 36 **Berlin: Die Stalinallee – Vom Symbol des sozialistischen Aufbaus zum Zentrum des Arbeiterprotests**
Stefan Wolle
- 57 **Potsdam: Im Schatten der Hauptstadt?**
Traditionen, Brüche und Konflikte
Burghard Ciesla
- 77 **Leipzig und Görlitz: Die SED-Macht zeigt sich hilflos**
Heidi Roth
- 109 **Jena: Die Zeiss-Arbeiter proben den Aufstand**
Heinz Voigt
- 133 **Bezirk Halle: Aufruhr im »blutroten Herzen Deutschlands«**
Udo Grashoff
- 157 **Rostock: Erhebung an der Küste**
Klaus Schwabe

II Menschen machen Geschichte

- 174 **Fallstudien zum sozialdemokratischen Widerstand in der SBZ/DDR**
Friedhelm Boll
- 199 **Richard Haider – Ein Leipziger Sozialdemokrat**
Zusammengestellt von Heidi Roth

- 205 **Stefan Weingärtner – Ein jugendlicher »Provokateur«**
Zusammengestellt von Heidi Roth
- 209 **Walter Scheler – Die Courage des Augenblicks**
Zusammengestellt von Heinz Voigt
- 215 **Paul Othma – Ein Streikführer in Bitterfeld**
Zusammengestellt von Udo Grashoff
- 219 **Robert Dahlem – Wider die eigene Partei**
Zusammengestellt von Klaus Schwabe
- 225 **»Der 16. Juni 1953 bleibt mir unvergesslich« –
Ein Augenzeugenbericht**
Peter Bruhn

III Geschichtsbewusstsein und Geschichtspolitik

- 252 **Die »Verarbeitung« des 17. Juni 1953 in der DDR
und der Bundesrepublik**
Bernd Faulenbach
- 273 **Weiterführende Literatur**
- 277 **Bildnachweis**
- 278 **Über die Autoren**